klassige scheint ausnahmslos erfolgen zu sollen, wo nicht etwa genügende Gründe zur Schaffung von Vollanstalten mit neunjährigem Lehrgang vorliegen.

Graf v. Zedlitz verschließt sich der Erkenntniß nicht, daß die fünftige Unterschulprüfung erheblichen Widerspruch sowohl in der Lehrerschaft wie beim Publikum findet, kann aber die Berechtigung derselben nicht anerkennen, nachdem einmal entsprechend dem thatsächlichen Bedürfniß von über 80 vom Hundert aller Schüler gewährt worden sei, daß mit Untersekunda in dem gesammten Lehrgang ein gewisser Abschluß erreicht werden müsse. Uebrigens solle diese Prüfung in milder Form gehandhabt werden, und die Furcht vor derselben werde sich als unbegründet erweisen. Dieser Standpunkt entspricht ganz dem Programm des Vereins für Schulreform, nur daß dieses in dem sechsklassigen einheitlichen Unterbau mit vorwiegend naturwissenschaftlich-neusprachlicher Grundlage eine Möglichkeit bietet, den erwähnten Abschluß auch wirklich zu erreichen, was nach Ansicht des Vereins bei den neuen Lehrplänen mehr als fraglich ist. Auch für die künftige Unterstufenprüfung, bei welcher Fremdsprachen immer nur Schulfächer, sondern häufig auch die Direktoren als Prüfungskommissäre fungiren werden, und ferner für die Reifeprüfungen scheint eine größere Freiheit der Bewegung in Aussicht zu stehen.

Journal-Revue.

Wie sich im Kopfe der „Vossischen Zeitung" das malt, was von ihr Entscheidung genannt wird, beweist der folgende Passus eines bezüglichen Artikels: „Eine Vertagung der Krisis ist nicht mehr möglich; denn die Entscheidung ist schon gefallen. Den Führern der nationalliberalen Partei bleibt nichts übrig, als aus der neuen Lage die unabweislichen Konsequenzen zu ziehen. Zwischen Regierung und nationalliberaler Partei ist das Tischtuch zerschnitten und zerrissen der Kriegszustand. Wer den Krieg erklärt hat, ist gleichgültig. Der leitende Staatsmann weist Schuld und Verantwortung seinen Gegnern zu. Aber er ist nicht nur Minister, sondern auch General, und er weiß als Strategie, daß nicht immer diejenigen Feindseligkeiten haben brauch, wer ihn erklärt, sondern wer die Erhaltung des Friedens unmöglich macht. Soll die Mahnung des Herrn v. Bennigsen an die liberalen Parteien, sich fest zusammenschließen, eine Kriegsrede sein, so hat der Staatsmann, der maßvoll und versöhnlich ist, wie nur je der Führer einer Mittelpartei, das Bewußtsein gehabt, daß der Kurs, den die Regierung nunmehr einschlägt, jedes Zusammengehen mit dem gemäßigten Liberalismus ausschließt. Die jetzigen Streitigkeiten wegen des Schulgesetzes haben ihre Wurzeln tiefer, als man meint, so sagte der Ministerpräsident. Er hat Recht. Nur daß die Wurzeln nicht bahin führen, wo sie Graf Caprivi sieht: die Führer der nationalliberalen Partei haben erkannt, daß sie weder bei dem Schulgesetze noch auf anderen Gebieten ihre Ueberzeugungen zur Geltung bei der Regierung zu bringen vermögen. Die können es heute weniger als unter dem Fürsten Bismarck, und da sie lange gehofft, gebaut und vertraut hatten, ist das Schulgesetz nur der letzte Anlaß gewesen, für ihre Entäußerung eine handige Formel zu finden. Der Ausdruck war die „rührende Mittlfigur." Die Regierung glaubt nur ihre Pflicht zu thun, wenn sie den Kampf gegen eine Weltanschauung aufnimmt, in der sie nichts als Atheismus sieht. Und das Bürgerthum wird nichts als Feigheit sehen, wenn es sich entschieden gegen ein Gesetz wehrt, in welchem es eine Gefahr für die Bildung der Jugend, für die Unabhängigkeit der Lehrer, für die geistige Leistungsfähigkeit des preußischen Volkes sieht."

Unter der Ueberschrift „Die Nationalliberalen und Graf Zedlitz" schreibt die „Schlesische Zeitung": ... Graf Zedlitz konstatirte ausdrücklich, daß zu seinem Bedauern von nationalliberaler Seite die Möglichkeit einer Einigung über den Entwurf von vornherein ausgeschlossen worden sei, indem man denselben als im Prinzip unannehmbar erklärte. In gleichsetzig oratorisch glänzender und sachlich zweifellos bedeutsamer Weise sprach sich der Minister gegenüber Jenen dahin aus, daß ihm die offene, ehrliche Gegnerschaft des Herrn Richter viel sympathischer sei, als die Opposition nach Art des Herrn v. Bennigsen, der er eine solche Offenheit nicht zuerkennen könne. Dieses Gefühl des Kultusministers wird vielleicht von nicht Wenigen getheilt werden, denn man wird bei den Angriffen der Nationalliberalen gegen den Entwurf sich vielleicht nicht der Empfindung haben entziehen können, daß sie sich bei denselben zum großen Theil von alten kulturkämpferischen Neigungen und von der Vorliebe für einen fachen Nationalismus leiten lassen, ohne diese Tendenzen doch einzugestehen. Mit ganz besonderer Genugthuung sind andererseits die entschiedenen Erklärungen des Grafen Zedlitz über die Schulaufsicht und über das Nationalitätsprinzip in der Schule entgegenzunehmen. Die Schulaufsicht ist ein staatliches Gebiet — so führte der Kultusminister aus — eine rein konfessionelle Gestaltung derselben ist nicht beabsichtigt und auch nicht durchführbar, wenngleich den konfessionellen Verhältnissen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll. Eine ebenso energische Zurückweisung erfuhren seitens des Kultusministers die Anschläge daran die Aspirationen der Polen, indem er es als ausgeschlossen bezeichnete, daß ein preußisches Unterrichtsgesetz eine Bestimmung enthalten könnte, nach welcher die Muttersprache als allgemeine Unterrichtssprache zu gelten habe. Noch tiefer vielleicht läßt die souveraine Ironie blicken, mit welcher Graf Zedlitz von der kürzlich im Reichstag aufgeführten „Mittlfigur", — dem Appell des Herrn von Bennigsen an den Gesammtnationalismus sprach. Man hatte unabweisbar den Eindruck, daß, wenn es sich thatsächlich bei der Bekämpfung der Volksschulvorlage um einen weiterzielenden Vorstoß handeln sollte, die entscheidende Stelle bereits gegen die Urheber dieses Vorstoßes entschieden haben müsse. Abgesehen von den augenblicklich vorliegenden und schwebenden Fragen haben übrigens die Debatten über das Volksschulgesetz eines klar gezeigt, nämlich, daß in dem Grafen Zedlitz-Trützschler ein Mann in das Kultusministerium gekommen ist, der unbeirrt der Zukunft vor sich hat. Die Gewandheit und Schlagfertigkeit, mit welcher er die zumeist in allgemeinen Redensarten sich bewegenden Angriffe gegen seine Vorlagen und schlagende thatsächliche Nachweise ad absurdum führt, seine klärende, klare, korrekte und bernehme, dabei offenbar von tiefer Ueberzeugung und warmem Gefühl getragene Redeweise haben Jeder, der sich von der Wirkung solcher Reden entzieht hat, auf das Wohlthuendste berührt.

Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Es ist ja den Nationalliberalen nicht zu verdenken, daß ihnen die wiederholte Feststellung der Thatsache, wie der Abg. v. Bennigsen, noch ehe irgend etwas Authentisches über die Haltung der konservativen Partei bekannt war, den verbündeten liberalismus zum Kampfe aufgerufen hat, noch etwas Recht, zu offenbarer Unwahrheit zu greifen. Es ist doch stark, wenn heute die „Nat.-Ztg." schreibt, der Rede des Herrn v. Bennigsen vom 22. Mai sei vorausgegangen das positive, ganze Bekenntniß der konservativen Partei zum Zedlitzschen Entwurf durch den Fraktionsredner Herrn v. Buch, daß also eine völlig andere Situation ohne äußerlich sichtbare Veranlassung durch die Konservativen geschaffen war". Es genügt zu konstatiren, daß Herr v. Buch am 25. d. Mts. gesprochen hat! Aber noch mehr: Bis zu diesem Tage überboten sich die nationalliberalen Blätter in der Verschärfung, und die Konservativen hatten die schwersten Beschuldigungen gegen die „Kreuzzeitung" stets nur einmal mehr oder weniger isolirt! Man sieht, mit welchen Mitteln der Nationalliberalismus [illegible] den verbissenen Vorstoß seines [illegible] Regierung aus der Welt zu schaffen."

Parlamentarisches.

• Vom Reichskanzler (in Vertretung Freiherr v. Marschall) ging dem Reichstag, d. d. 29. Januar 1892, folgende Mittheilung zu: „Der Vertrag zwischen Deutschland und Spanien vom 12. Juli 1883 ist nebst dem Zusatzvertrage vom 10 Mai 1885 spanischerseits rechtzeitig zum 1. Februar d. J. gekündigt worden. Gleichzeitig hatte die Spanische Regierung zu erkennen gegeben, daß sie bereit sei, in Verhandlungen wegen Abschlusses eines neuen Vertrages einzutreten, daß sie aber zuerst ihre Gesetzgebung umgestalten müsse. Diese Reform hat erst mit der am 1. d. M. erfolgten Publikation des neuen spanischen Zolltarifs ihren Abschluß gefunden.

Da hiernach der Abschluß eines neuen Vertrages bis zum 1. d. M. nicht mehr in Aussicht genommen werden konnte, so haben auf diplomatischem Wege Verhandlungen über die provisorische Verlängerung des bestehenden Vertrages stattgefunden, welche indessen wegen der hinsichtlich der Regelung der beiderseitigen Eingangszölle entstandenen Schwierigkeiten zu einem befriedigenden Ergebniß zunächst nicht geführt hatten.

Um inzwischen wenigstens den provisorischen Fortbestand derjenigen Bestimmungen des Vertrages zu sichern, welche sich nicht auf die Höhe der beiderseitigen Eingangszölle beziehen und durch welche einzelne Materien von Wichtigkeit, wie die Rechte der beiderseitigen Staatsangehörigen in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb, der gegenseitige Muster, Marken- und Patentschutz, die Schiffahrt u. s. w. geregelt sind, haben die kaiserlichen Botschafter in Madrid und von dem königlich spanischen Minister des Aeußern unter dem 16. d. M. eine die provisorische Fortdauer des betreffenden Theiles des Vertrages bis zum 30. Juni u. J. feststellende Deklaration unterzeichnet worden, welche ich mich beehre, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, in der Anlage dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung ergebenst vorzulegen."

Die angezogene Deklaration lautet:

„Die Unterzeichneten, der außerordentliche und bevollmächtigte Botschafter Se. Majestät des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen und der Staatsminister Sr. Majestät des Königs von Spanien, haben, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer Regierungen, nachstehende Vereinbarung getroffen:

Der durch den Zusatzvertrag vom 10. Mai 1885 modifizirte und durch Abkommen vom 28. August 1886 verlängerte, von der spanischen Regierung zum 1. Februar 1892 gekündigte Handels- und Schiffahrtsvertrag soll verlängert werden mit Ausschluß des Artikels 9 nebst der zu ihm gehörigen Bestimmung des Schlußprotokolls und des Artikels 10, sowie der Artikel 14 und 22 des Vertrages vom 12. Juli 1883, soweit sich dieselben auf die Eingangszölle beziehen, ferner unter Ausschluß der in den Vertrage gehörigen Tarife A und B und des hieselben modifizirenden Zusatzes vom 10. Mai 1885.

Diese Verlängerung wird bis zum 30. Juni 1892 inclusive in Kraft bleiben und sodann ohne Weiteres ihre Wirksamkeit verlieren.

Vollzogen in zweifacher Ausfertigung in Madrid am 16. Januar 1892."

• In der Budgetkommission des Reichstags wurde gestern die Debatte über die neuen Forderungen für die Uebungen der Mannschaften des Beurlaubtenstandes fortgesetzt. General v. Goßler erklärte im Namen des Kriegsministers, daß die Militärverwaltung den größten Werth auf die Bewilligung lege, und begründete die Forderung abermals mit der beabsichtigten Steigerung der Kriegsbereitschaft der Armee. Gerade die Erfahrungen, welche man bei den letzten Uebungen gemacht, hätte zu der neuen Forderung geführt. Major Gaede fügte hinzu, daß in Frankreich für 1892 10 626 000 Uebungstage vorgesehen seien, also dreimal mehr als bei uns. Ebenso mache er Mittheilungen über die Einziehungen in Rußland, wo die Reservedformationen jetzt in großartigstem Maßstabe organisirt seien. Nur im Verkehren mit den Truppen der Gegenwart, welche Jeder könne die deutsche Verwaltung in ihren Forderungen soweit zurückbleiben. Der Kommissar giebt sodann Aufschlüsse über die Reservedivision, die größtentheils aus Landwehr bestehe und nach der jetzigen Verhältnissen im Kriegsfall bald ins Feuer kommen könne, weshalb gründlichste Ausbildung des Landwehrmannes schon zu seinem eigenen Schutze nöthig sei. Der gute Wille der Betheiligten bei den Manövern ist allerdings anerkannt worden, aber die Uebung lasse sich durch guten Willen nicht ersetzen. Abg. Richter beantragt, die ganze geforderte Summe zu streichen. Abg. Dr. Hammacher und Graf Ballestrem beantragen, die Kosten für das vierte Armeekorps der Kaisermanöver zu streichen, die übrige Forderung dagegen zu bewilligen. Der Antrag Richter wird mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt; der Antrag Hammacher mit demselben Stimmenverhältniß zu 16 angenommen. Der kalkulatorische Effekt dieses Abstriches beziffert sich auf rund 200 000 ℳ. — Bei Tit. 13a: Dienstprämien für Unteroffiziere, welche nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit aus dem Heere ausscheiden, bezw. in Stellen von Offizieren und anderen Militairbeamten eintreten, 2 400 000 ℳ, theilt Major Gaede mit, daß über die Wirkung der Dienstprämien abschließende Erfahrungen noch nicht vorliegen. Einzelnen Leuten habe das Resultat nur ein negatives sein, indem diese Unteroffiziere mit der Prämie aus dem Heere schieden. Die Kapitulanten hätten sich indeß bereits vermehrt, wenn auch zunächst noch in geringem Maße, das Manquement an Unteroffizieren sei von 7,9 pCt. heruntergegangen auf 6,1 pCt. Die gute Wirkung der Prämien werde allgemein im Heere anerkannt und von den Unteroffizieren freudig begrüßt. Bezüglich der Pfandbriefe der Prämien wollte man zunächst von einer gesetzlichen Regelung absehen. Es sei kein allerdings solche Fälle vorgekommen; das Kriegsministerium verzichte die Aufsassung, daß die Prämien nicht pfandbar seien. Die Streitfrage solle bis zur Entscheidung des Reichsgerichts geklärt werden. Eventuell könnte man dann auf gesetzgeberischem Wege vorgehen. Bei Tit. 17 (Instandhaltung des Materials) theilte Major Gaede mit, daß sehr umfangreich Schwimmübungen bei der Kavallerie vorgenommen würden und zwar mit bestem Erfolg. Es handle sich dabei nicht um kühne Reiterstücke, sondern es würde ganz systematisch und mit größter Vorsicht vorgegangen, um Unglücksfälle zu vermeiden. Bezüglich der Kriegsbahn erklärte Generalmajor v. Goßler, daß das keineswegs eine Spielerei sei. Diese Bahn würden hauptsächlich im Vorpostendienst gebraucht, wegen der Witterung, sie würden auch zu Übungen zur Aufklärung von Verwundeten, besonders bei Thaleinschnitten, benutzt. Sehr gute Resultate seien mit kurzhaarigen Jagdhunden erzielt worden. Versuche mit Züchtung u. s. w. sollten zunächst bei Jägerbataillonen fortgesetzt werden. Bei Kap. 28 (Garnisonverwaltungen) werden fünf neue Stellen für Intendantur-Bauräthe gefordert. Referent v. Keudell empfiehlt die Ablehnung der betreffenden 25 500 ℳ. Nachdem die Abgg. Dinze und Graf Ballestrem sich für die Bewilligung ausgesprochen, wird die Position genehmigt. — Die Berathungen der Kommission werden morgen fortgesetzt.

• Die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Vereinsthaler österreichischen Gepräges, besteht aus den Abgg. Dr. Bachem, Schriftführer, Dr. Bamberger, Dr. Barth, Brandenburg, Vorsitzender, Braun, Cegielski, Dr. v. Frege, v. Kardorff, Dr. Meyer (Berlin), Stellvertreter des Vorsitzenden, v. d. Otten, von Schalscha, Schippel, v. Staudy und Troetsch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 31. Januar.

• Der Bevollmächtigte zum Bundesrath, Präsident des königlich württembergischen Staatsministeriums, Staatsminister des königlichen Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Freiherr v. Mittnacht ist von Berlin wieder abgereist.

• Nach dem „Schwäb. Merk." ist die Berufung des hiesigen badischen Gesandten v. Brauer ins badische Ministerium nahe bevorstehend. In Baden ist bekanntlich häufig die Stelle eines vierten Ministers geschaffen worden.

[Aus dem Ressort der Bauverwaltung.] Versetzt sind: der bisherige Kreis-Bauinspektor, Baurath Grunsch in Frankfurt a. O. als Bauinspektor an die königliche Regierung in Hildesheim, der Kreis-Bauinspektor, Baurath v. Lukomski in Cassel in gleicher Amtseigenschaft nach Frankfurt a. O., der Wasser-Bauinspektor Zschinsch in Kolbergermünde an die königliche Kanalkommission in Münster und der Wasser-Bauinspektor Lauenroth in Münster als Hafen-Bauinspektor nach Kolbergermünde.

Der Eisenbahnbau- und Betriebsinspektor von Beyer in Ratibor, ist als ständiger Hülfsarbeiter an das königliche Eisenbahnbetriebs-Amt (Hannover-Rheine) in Hannover versetzt worden.

Der königliche Regierungs-Baumeister Wittfeld in Berlin ist zum Eisenbahn-Bauinspektor unter Verleihung der Stelle eines solchen im maschinentechnischen Bureau der königlichen Eisenbahndirektion in Berlin ernannt worden.

Zu königlichen Regierungs-Baumeistern sind ernannt: die Regierungs-Bauführer Paul Kroll aus Rosenberg in O.-Schl., Wolfgang Schierer aus Breslau und Lebrecht v. Winterfeld aus Brandenburg a. H. (Hochbaufach).

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

• In der gestrigen Nummer des „Reichs- und Staats-Anzeigers werden vom Bundesrath erlassene Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz vom 31. Mai 1891, betreffend das Reichsschuldbuch, veröffentlicht.

[Militairisches.] -l- Die Deputation des 2. Rheinischen Husarenregiments Nr. 9, geführt vom Kommandeur Oberstlieutenant v. Hagenow, welche sich zur Feierlichkeit des Regimentsfestes, des am 24. d. verstorbenen Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch von Rußland, nach Petersburg begeben hat, hat von hier einen kostbaren Kranz aus Blumen in den Regimentsfarben mit gleichfarbiger Schleife in Blau und Gold mitgenommen.

[Post und Telegraphen.] • In den Wortlaut für die über Emden-Valentia nach Südamerika zu befördernden Telegramme sind einige Aenderungen mit theilweiser Ermäßigung der Beträge eingetreten. Es werden erheben für ein Zarwort 1. nach Chile (über Galveston); Concepcion, Iquique, Lota, Osorno, Pisagua, Santiago, Talcahuano, Valparaiso 7,20 ℳ, den übrigen Anstalten 9,10 ℳ. 2. nach Ecuador (über Galveston) 7,20 ℳ, 3) nach Peru (über Galveston): Callao, Caracoas, Chorrillos, Ica, Lima, Payta, Pisco, Piura, Trujillo 7,20 ℳ, den übrigen Anstalten 8,40 ℳ. 4. nach Französisch Guyana (über Key-West): Cayenne 10,95 ℳ, den übrigen Anstalten 11,15 ℳ.

Göttingen, 29. Januar. Eine bemerkenswerthe Entscheidung hinsichtlich der Geheimhaltung der Ergebnisse der neuen Einkommensteuer ist hier ergangen. Der Vorsitzende des Vereinschätzungskommission erbob bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission den Anspruch auf Einsicht der eingegangenen Deklarationen. Letzterer hielt sich zu dieser Mittheilung nicht befugt, gab aber anheim, im Fall dem Vorsitzenden der Berufungskommission in Hildesheim vorzutragen. Von diesem erfolgte nach dem „Hann. Kour." folgende Entscheidung: „Die Steuererklärungen dürfen dem Vorsitzenden der Vereinschätzungskommission nicht zugänglich gemacht werden, auch nicht dem Mitglied des Magistrats Degerment in Staatssteuersachen ist. Auch einem Mitgliede der Einkommensteuer-Berufungskommission steht nicht das Recht zu, sich von dem Inhalte einzelner Steuererklärungen zu anderen Zwecken als zu der — zu einer bestimmten Zeit in den desfallsigen Kommissionssitzungen herbeizuführenden — Erledigung der Obliegenheiten der Einkommensteuer-Berufungskommission Kenntniß zu verschaffen."

Ausland.

Norwegen.

Aus **Christiania**, 27. Januar, schreibt unser dortiger Korrespondent:

Für Neubauten in der Kriegsflotte will das Vertheidigungsdepartement vom Storthing dieselbe Summe bezehren wie im vergangenen Jahre, nämlich 650 000 Kronen. Davon sollen verwandt werden: für Fortsetzung des Baues eines Kanonenbootes zweiter Klasse 206 000, zum Beginn neuer Torpedoboote 150 000, zu einem Minenauslegungsfahrzeug 66 000, für zwei Patrouillenboote 120 000 und zu Ausbesserungen auf den Kanonenboten „Rjurik" und „Sverjer" 120 000 Kronen. Das Departement hat, wie die Militärkommission im vergangenen Jahre vorschlug, einen Bericht über die Frage, ob ein Panzerboot nach dem Typus des schwedischen Panzerbootes „Swea" gebaut werden solle, erstattet. Einen Antrag auf Bewilligung hierfür hat indeß das Departement nicht stellen, sondern den Beschluß des Storthings in Anlaß des erwähnten Berichts abwarten wollen. Wenn das Storthing dem Plan Beifall zollte, soll die Sache von der Regierung weiter behandelt werden. Das Departement hat daher, wie „Verdens Gang" sagte, keine Bewilligungssumme für ein ins Auge gefaßte Kanonenboot erster Klasse beantragen wollen, indem man nicht Arbeitskraft und Geld für den Fall hat binden wollen, daß das Storthing sich zum Neubau des Panzerbootes entschließt." Es klingt daß sehr unbestimmt und zeigt keinen entschiedenen Willen des Vertheidigungsministers."

Auf dem Vertheidigungsbudget sind dann auch Bewilligungssummen für die gewöhnlichen Expeditionen mit den Korvetten „Nornen", „Alfra" und dem Uebungsfahrzeuge „Dekderia", jetzt Küstenexpeditionen, mit der Kanonenboot-Abtheilung und eine Versuchsreise mit dem neuen Kanonenboot „Mjölnir" aufgeführt. „Nornen" soll auf ihrer Fahrt u. A. vierzehn Tage lang die Theile des Eismeeres besuchen, nach welchen vorzugsweise die norwegischen Seehundsfänger gehen.

Das Kanonenboot „Ellida" hat auf seiner noch fortgesetzten Expedition auch Konstantinopel besucht. Der Sultan hat dem Chef und den Offizieren des Bootes Vorsignale und der übrigen Besatzung alle möglichen Beweise des Wohlwollens gegeben. Er ließ sich nordische Melodieen vortragen, ließ die Musikanten in zwei Gruppen abholen; sie spielten mit des Sultans Orchester zusammen und führten auch allein mehrere Nummern aus, wurden reichlich bewirthet und beschenkt.

Vermischtes.

• Das Deutsche Zentralkomités für die russischen Juden erhielt uns um Aufnahme folgender Mittheilung: „Die russisch-jüdischen Auswanderer, welche bereits an der deutschen Grenze anlangen, etwa 200 bis 300 täglich, sind zum größten Theil höchst unzureichend gegen die Winterkälte geschützt. Wir bitten dringend, den Dankgläubigen durch unsere Vermittlung Wäsche, Kleider u. s. w. zuwenden zu wollen. Die Wire Berliner Omnibus- und Packetfahrt-Aktiengesellschaft S., Ritterstr. 98/99, hat sich bereit erklärt, von allen Spendern, welche sie direkt benachrichtigen, die Packete abzuholen."

Handel und Industrie.

Hamburg, 30. Januar. (Privattelegramm der „Nordd. Allg. Ztg.") In der heutigen Aufsichtsrathssitzung der Hypothekenbank in Hamburg wurde die Dividende auf 8 pCt. festgesetzt. Die Generalversammlung findet am 27. Februar in Hamburg statt.

• Hypothekenbank in Hamburg. Die laut Beschluß der Generalversammlung der Hamburger Hypothekenbank zur Ausgabe gelangten 1 500 000 ℳ neuen Aktien sind jetzt an der hiesigen Börse für lieferbar erklärt worden.

• **Bank von England.** In die Bank flossen 91 000 Lst.

• An der gestrigen Wiener Börse waren Bahnen und Montanwerthe fest, anderes verhältnißmäßig, theilweise schwächer, schließlich auf Berlin allgemein fest. — Paris war fest. Liquidation leicht. Devisen für Syrs. Rente 1 Centimes. Markt ruhig. Kursen zum Ausfluß besser auf Rückkäufe, besonders Spanier und Rio Tinto. Russenwerthe und Portugiesen befestigt. Hiesige Banken schwach. — London war sehr ruhig.

• Der Verwaltungsrath der Münchener Bank Kester u. Bachmann schlägt vor, von dem Jahresgewinn 300 000 ℳ zur Kontokorrentabschreibung, die übrigen 30 000 ℳ als Vortrag auf das nächste Jahr zu verwenden, eine Dividende aber nicht zu vertheilen. Ferner wird die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft vorgeschlagen. Die persönlich haftenden Gesellschafter haben sich bereit erklärt, die Deckung für etwaige weitere Verluste am Effektenbesitz oder am Kontokorrentverhältniß mit Industrieunternehmungen aus eigenen Mitteln zu bieten. Änderungen in der Leitung der Bank sind nicht beabsichtigt.

• Portugiesische Finanzen. Am vergangenen Dienstag hat bereits in Paris eine Konferenz der dort eingetroffenen beiden Direktoren der Darmstädter Bank, sowie des Präsidenten der portugiesischen Eisenbahngesellschaft, Grafen Burnay, dem Repräsentanten der französischen Obligationaire Herrn Kergall und den Vertretern des Crédit Lyonnais, des Crédit Industriel und der Société Lyonnaise stattgefunden.

• Uruguay-Obligationen. Wie „Hirsch's T. B." aus London meldet, hat die Majorität der Besitzer von Uruguayobligationen die Konversion angenommen, so daß die weitere Opposition fruchtlos erscheint.

• Personalien. In Friedeberg (Queis) ist Kommerzienrath Konstantin Renner, der Gründer der Aktiengesellschaft für Leinengarnspinnerei und Bleicherei vorm. Renner u. Co., gestorben.

Während des Drucks eingetroffene Depeschen.

Hamburg, Sonnabend 30. Januar. (Privattelegramm der „Nordd. Allg. Ztg.") Der Wasserstand der Elbe hat heute eine bedeutende Höhe erreicht. Die Keller dieser zwischen der Alster und den Elbschleusen gelegenen Häuser sind in Folge dessen überschwemmt. Am „Neuen Wall" ist ein Hinterhaus unterspült, die Gefahr des Einsturzes wurde jedoch durch eine Barrikade von Dampfern beseitigt. Die „Hamburger Reform" und das „Hamburger Tageblatt" konnten nicht erscheinen, weil der Maschinenraum der Druckereien unter Wasser steht.

Berlin, Sonnabend 30. Januar. Die Ausweschelung der Ratifikationen zu den Handels- und Zollverträgen Deutschlands mit Belgien und der Schweiz wonn 6. bezw. 10. Dezember 1891 hat heute hierselbst im Auswärtigen Amt stattgefunden.

Krefeld, Sonnabend 30. Januar. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Heute Mittag fuhr auf Station Rheinhausen Güterzug 631 in Folge falscher Weichenstellung ins falsche Geleise, woburch die Lokomotive und 8 Wagen entgleisten und beide Hauptgeleise gesperrt wurden. Niemand wurde verletzt. Die Weichenstellung der Lokomotive sowie der Wagen ist nicht bedeutend. Durch Umsteigen an der Unfallstelle erhielten die Personenzüge einige Verspätung, gegen Abend war die Strecke wieder vollständig frei.

München, Sonnbend 30. Januar. In der heutigen Abendsitzung des Reichsrathes wurde nach Genehmigung zahlreicher Etats lebhaft über die von der Abgeordnetenkammer der Regierung unterbreitete Bitte behandelt, bei der Einführung einer deutschen Militär-Strafprozeßordnung darauf hinzuwirken, daß das bisher in Bayern bestehende öffentliche und mündliche Verfahren gültig bleibe und die Selbstständigkeit der Militärgerichte gewahrt werde. Der Ministerpräsident Freiherr v. Crailsheim erklärte im Laufe der Debatte, die bayerische Regierung verstehe unter Selbstständigkeit der Militärgerichte, daß keine vorherige Instruirung und keine Berufung gegen militairgerichtliche Urtheile stattfinde. Auch die bayerische Regierung verkenne keineswegs die Schäden, welche das öffentliche Verfahren für die Wahrung der Disziplin mit sich führe, sie wolle jedoch die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit auch fernerhin gewährt wissen und stehe dem Beschluß der Kammer und dem Antrag der Mitglieder des Reichsraths Würzburg und General Fries auf motivirte Tagesordnung neutral gegenüber. Schließlich wurde letztere abgelehnt. Der Beschluß der Abgeordnetenkammer wurde vom Reichsrath mit geringer Mehrheit genehmigt. Für denselben stimmten die anwesenden Prinzen Ludwig, Ruprecht, Leopold, Arnulf und Alphons von Bayern.

Wien, Sonnabend 30. Januar. Im Herrenhause wurde heute die Mittheilung von der Geburt einer Tochter der Erzherzogin Marie Valerie mit dreimaligen Hochrufen aufgenommen. — Das Abgeordnetenhaus nahm in seiner heutigen Sitzung die Reichsstudien-Ordnung an. Am Schluß der Sitzung brachte Abg. Neumirth einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Amtes für Arbeitsstatistik im Handelsministerium ein. Dieses Amt ist bestimmt zur Erhebung und Verarbeitung von Daten für die Sozialgesetzgebung. Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Mittwoch den 3. l. M. sind die Vorlagen über die Börsensteuer und über die Subvention für die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft gesetzt worden.

Wien, Sonnabend 30. Januar. Die „Politische Korrespondenz" bestätigt, daß der Staatssekretair des Auswärtigen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Blaine, dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Washington in einer Note mitgetheilt habe, der Präsident der nordamerikanischen Union Harrison könne es nicht als billig erachten, daß von Oesterreich-Ungarn angesichts der zollfreien Einfuhr von Zucker, Melasse, Kaffee, Thee und Häuten nach Nordamerika auf gewisse nordamerikanische Produkte Zölle erhoben würden. Der Präsident sehe sich daher gezwungen, in Ausführung der Bestimmungen des nordamerikanischen Tarifgesetzes vom 1. Oktober 1890 obige Einfuhrartikel mit den gesetzlich vorgeschriebenen Zöllen zu belegen, sofern nicht bis zum 15. März d. J. zwischen den Unionsstaaten und Oesterreich-Ungarn eine Handelskonvention zu Stande kommen sollte. In der Note Blaine's werde gleichzeitig dem aufrichtigen Wunsche nach Erzielung einer Verständigung Ausdruck gegeben. Die „Politische Korrespondenz" spricht im Anschluß an die Meldung die Hoffnung aus, daß die bevorstehenden Verhandlungen zu einem ebenso günstigen Ergebniß führen würden, wie die entsprechenden Verhandlungen zwischen den Unionsstaaten und Deutschland.

Wien, Sonnabend 30. Januar. Dem „Fremdenblatt" zufolge hat Oberst Scherian vom Infanterieregiment Nr. 18, dessen Chef der verstorbene Großfürst Konstantin Nicolajewitsch gewesen war, den heutigen Beisetzungsfeierlichkeiten für den Verstorbenen in Petersburg beigewohnt.

Wien, Sonnabend 30. Januar. Auswechselung der Ratifikationen zu dem Handels- und Zollvertrag, dem Viehseuchen-Uebereinkommen und dem Patent-, Muster- und Markenschutz-Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn vom 6. Dezember 1891 hat heute hier stattgefunden.

Pest, Sonnabend 30. Januar. Aus Tisza-loek und Cziszereda werden gleichfalls blutige Wahlexzesse gemeldet. Im ersteren Orte sind dabei eine Person getödtet und viele verwundet, im letzteren mehrere getödtet und verwundet worden.

Pest, Sonnabend 30. Januar. Bei den heutigen 12 Wahlen wurden 9 Liberale, darunter der Ackerbauminister Graf Bethlen, und 2 Unabhängige gewählt; ein Wahlresultat steht noch aus.

Paris, Sonnabend 30. Januar. Aus Tanger wird gemeldet, daß das spanische Kriegsschiff „Alphonso XII." die Gewässer von Tanger verlassen habe, das italienische Kriegsschiff „Dandolo" würde heute in See gehen.

Paris, Sonnabend 30. Januar. Das „Journal officiel" wird morgen einen Bericht des Ministers des Aeußern Ribot und ein Dekret des Präsidenten der Republik veröffentlichen, wodurch die neuen Gesetze und Verordnungen in Kraft gesetzt werden, durch welche vom 1. Februar ab die Handelsbeziehungen mit dem Auslande geregelt sind. In dem Berichte des Ministers Ribot heißt es, die Regierung habe im Hinblick auf den Ablauf der Handelsverträge und der Tarife, welche seit 1882 die Beziehungen mit dem Auslande beherrschten, und nach Abschluß der Gesetzgebung, betreffend den neuen Zollarif, vom Parlament die nothwendigen Vollmachten verlangt, um mit denjenigen Staaten eine Verständigung zu erzielen, deren Verträge ablieben. Kraft des Gesetzes vom 29. Dezember habe die Regierung sofort Verhandlungen eingeleitet, und die erste Verständigung welche erzielt wurde, sei diejenige mit Schweden-Norwegen. In den Verhandlungen, welche darüber in Paris geführt wurden, seien von den Unterhändlern diejenigen Artikel des Handelsvertrags vom 30. Dezember 1882 bestimmt worden, welche außer Kraft gesetzt werden sollten. Der Artikel 11 des Vertrages, durch welche die Zollbehandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation festgesetzt war, sowie der Schifffahrtsvertrag seien verlängert worden.

Brüssel, Sonnabend 30. Januar. Der Senat hat mit 38 gegen 4 Stimmen den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn angenommen. Acht Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Der Gesetzentwurf, durch welchen die Regierung zu provisorischen Unterhandlungen mit den Ländern ermächtigt wird, deren Handelsverträge mit Belgien ablaufen, wurde einstimmig angenommen.

Petersburg, Sonnabend 30. Januar. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1891 betrugen die Reichseinnahmen 728 235 000 Rbl. (37 020 000 Rbl. weniger als 1890), die Reichsausgaben 825 230 000 Rbl. gegen 798 618 000 Rubel des Vorjahres.

Rom, Sonnabend 30. Januar. Deputirtenkammer. Ministerpräsident di Rudini legte heute den Entwurf des italienisch-deutschen Uebereinkommens betreffend den Schutz des industriellen Eigenthums vor.

Rom, Sonnabend 30. Januar. Die Ratifikationsurkunden zum deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag vom 6. Dezember v. J. sind heute hier ausgewechselt worden.

Genua, Sonnabend 30. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani". Nachdem die Unterhandlungen der Gesellschaft von Terni mit der Gesellschaft Tardi und Benech zu keinem Ergebniß geführt haben, wird dem Vernehmen nach letztere voraussichtlich am Montag für fallit erklärt werden.

Lissabon, Sonnabend 30. Januar. Das amtliche Blatt veröffentlicht einen Brief des Königs, in welchem derselbe erklärt, angesichts der gegenwärtigen Lage des Landes, welche Allen Opfer auferlege, überweise er zu Gunsten des Staatsschatzes den fünften Theil der Zivilliste.

Frankfurt a. M., 30. Januar, Abends. Effekten-Sozietät. (Schluß.) Oesterr. Kreditaktien 265¾, Franzosen 258¾,